

tischen Arbeit zu prüfen und seine persönlichen Eigenschaften zu erkennen.

Die Einführung einer solchen Kandidatenfrist ist nicht nur vom Standpunkt der Sicherung der politisch-ideologischen Festigkeit der Partei wichtig. Denn, Genossen, bedenkt einmal, was es bedeutet, wenn wir unter mühseligen Opfern und unter Einsatz von viel, viel Arbeit unsere Mitglieder auf den Schulen zu brauchbaren Kadern umgewandelt haben, wenn dann durch das Eindringen großer ungeschulter Elemente die Gefahr in unsere Partei hineingetragen wird, diese Erfolge der ideologischen Aufklärung zu verwässern. Diese Kandidatenschaft gibt uns zugleich die Handhabe, die soziale Zusammensetzung der Partei besser zu regulieren und darüber zu wachen, daß die Industriearbeiterschaft stets den entscheidenden Einfluß in der Partei behält. Schließlich ermöglicht die Einführung einer Kandidatenfrist für neue Mitglieder, das Eindringen unerwünschter und feindlicher Elemente in die Partei zu erschweren. Sie wird ein Ansporn sein, die Klassenwachsamkeit zu erhöhen.

Die Ausführungen, die an dieser Stelle heute vormittag der Genosse Professor Koloc gemacht hat, sind es wert, noch mit einigen Worten behandelt zu werden. Der Genosse Koloc wies darauf hin, daß man keine zeitlichen Unterschiede bei der Kandidatenschaft einführen könne. Wenn man auf der einen Seite bestrebt ist, die Intellektuellen zu einem Bündnis mit den Arbeitern zu gewinnen — was etwas anderes ist, als die Intellektuellen für die Partei zu gewinnen —, dann, so sagte er, darf man sie nicht unterschiedlich gegenüber den Arbeitern behandeln. Nun, Genosse Koloc, hier liegt eine Verkennung dieses Systems der Kandidatenschaft vor. Wir wollen ganz gewiß keinen Intellektuellen dadurch zweitrangig behandeln. Nein, wir wollen sogar so weit gehen, daß nach diesen Richtlinien Intellektuelle oder andere bedeutsame Menschen, die sich bei dem Aufbau unserer Wirtschaft, der Kultur oder Wissenschaft hervorragend ausgezeichnet haben, ohne jede Kandidatenschaft mit vollen Rechten in die Partei aufgenommen werden. (Beifall.) Was aber hier beschlossen wird, hat einen tieferen Grund und trifft das Wesentliche der Partei neuen Typus. Das Wesentliche ist, daß die Zuwanderung neuer Elemente in die Partei so geregelt werden muß, daß unter allen Umständen das revolutionäre Empfinden des Betriebsarbeiters auch der Zahl nach in dieser Partei vorherrschend sein muß.